



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration		öffentlich	Bericht

Betreff:

Integrations- und Kulturarbeit an Schulen, hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 27.02.2019

Anlagen:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zur Integrations- und Kulturarbeit
Sachverhalt der Ämter für Allgemeinbildende und Berufliche Schulen
Stellungnahme des Geschäftsbereich für Kultur
Übersicht über Schulplatzmiete

Bericht:

Die Verwaltung berichtet über die wichtige Aufgabe der Integrations- und Kulturarbeit an Schulen. Weiterhin wird dargestellt, wie viele Schüler/-innen die Schulplatzmiete der unterschiedlichen Vorführungen am Staatstheater Nürnberg nutzen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Integrations- und Kulturarbeit an den Schulen richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft, religiösen oder ethischen Überzeugungen, Geschlecht oder sozialer Stellung.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 2. BM

